

Politik & Wirtschaft

Wie Kriege den Flugverkehr belasten

Tourismus Nicht nur wegen des Konflikts in Nahost wird der Luftraum Richtung Asien immer eingeschränkter. In der Luft scheint es mit der Globalisierung vorbei zu sein. Das wirkt sich auf die Reisebranche aus.

Christopher Gilb

Etwas vom Schlimmsten, was derzeit im Luftverkehr passieren könnte, wäre ein Streik der Fluglotsen im Kaukasus. Denn die schmale Strecke von Georgien und Armenien über Kasachstan und weiter über das Kaspische Meer Richtung Turkmenistan und Afghanistan, der sogenannte Kaukasus-Korridor, ist derzeit für viele Airlines der bevorzugte Weg Richtung Asien.

Wer sich derzeit die aktuellen Flugbewegungen auf dem Portal «Flightradar» ansieht, sieht eine gigantische Anzahl Flugzeuge, die sich durch den Kaukasus quetscht, während in den unterhalb liegenden, vom Irakkrieg betroffenen Ländern des Nahen Ostens nur wenige Flugbewegungen stattfinden.

Dort ist derzeit zudem mit Dubai das wichtigste Drehkreuz im Flugverkehr nach Asien nur sehr eingeschränkt in Betrieb. Dies hat auch Auswirkungen in die andere Richtung: Schweiz Tourismus berichtet davon, dass bereits erste Reisegruppen aus Japan, Korea und China bevorstehende Reisen in die Schweiz wegen der anspruchsvollen Situation am Himmel abgesagt hätten. Von und nach Europa fallen derzeit tausende Sitze in Flugzeugen weg.

Experten sehen Einbussen bei Frühlingsreisen

Die kommenden Wochen sind in vielen Regionen wichtige Reisezeiten, unter anderem stehen die Neujahrsfeiern in Thailand und Indonesien an sowie Schulferien in Malaysia und Indien. Bereits reden Experten deshalb von einer eher gedämpften Frühlingsreisesaison.

Der Irakkrieg sorgt für eine neue Eskalationsstufe in einem seit Jahren wachsenden Problem: In einer Welt voller Krisen und Kriege wird der Luftraum, der sicher durchfliegen werden kann, immer schmaler. Bereits der Beginn des Ukrainekriegs führte dazu, dass nicht nur der Luftraum über der Ukraine wegfiel, sondern europäische Airlines auch den gigantischen russischen Luftraum nicht mehr



Die Swiss muss ihre Routen nach Asien öfter anpassen: Ein Airbus A330-343 auf dem Rollfeld am Flughafen Zürich. Foto: Michael Buholzer (Keystone)

benutzen können. Das hat die Dauer von Flügen in asiatische Destinationen verlängert. Die verschiedenen Eskalationen im Nahen Osten in den letzten Jahren haben dazu geführt, dass weitere Lufträume immer wieder gesperrt wurden.

Der neu im Nahen Osten laufende Krieg vergrössert dieses

Problem nun aber noch einmal. «Mehrere geopolitische Konflikte haben den internationalen Luftverkehr zwischen Europa und Asien in den vergangenen Jahren zunehmend eingeschränkt», bestätigt die Swiss die Problematik. Dies habe direkte Auswirkungen auf Flugrouten und Flugzeiten.

Bereits wegen des russischen Angriffskriegs müssten Flüge zwischen Europa und Ostasien weiträumig ausweichen, häufig über den Südkorridor via Kaukasus, Zentralasien und China. Dies habe spürbare Auswirkungen auf einzelne Verbindungen von Zürich nach Asien. «Der Swiss-Flug zwischen Zürich und Tokio dauert heute rund zwei Stunden länger als vor dem Krieg in der Ukraine», schreibt die Swiss. Auch Flüge zwischen Zürich und Shanghai verlängerten sich im Vergleich zur früher üblichen Route um rund eine Stunde.

Mit der Freiheit der Lüfte könnte es vorbei sein

Zudem führten bei der Swiss wegen der angespannten Situation im Nahen Osten bereits seit Oktober 2024 viele Verbindungen statt über kürzere Routen vermehrt über Saudiarabien und Ägypten. «Dadurch verlängern sich einzelne Flüge nach Asien

derzeit um bis zu rund 30 Minuten.» Gleichzeitig konzentrierte sich der Verkehr auf weniger verfügbare Korridore, was den verbleibenden Luftraum deutlich stärker belastete.

Airlines sind inzwischen auf den Luftraum von fragilen Ländern wie Afghanistan angewiesen, doch würde sich dort etwa der Konflikt mit Pakistan ausdehnen und auch dieser Luftraum geschlossen werden, würde es mit Flügen Richtung Asien für europäische Airlines richtig eng – und so übertragen sich die zunehmenden Konflikte auf dem Boden auch vermehrt in die Luft.

Dort war lange nichts davon zu spüren, wie der Globalisierung durch Kriege und Krisen auf dem Boden zunehmend Grenzen aufgezeigt wurden; schnell über problematische Länder weggeflogen, und alles war wieder gut. Doch mit dieser Freiheit der Lüfte scheint es nun vorerst vorbei zu sein.



So wurde am Donnerstag der Nahe Osten umflogen. Screenshot: Flightradar 24

Bei der Swiss sinken Umsatz und Gewinn

Jahresbilanz Die Swiss hat im letzten Jahr weniger Umsatz und Gewinn gemacht. Der Betriebsgewinn fiel um 26,6 Prozent auf 502,2 Millionen, wie die Lufthansa-Tochter gestern mitteilte. Der Umsatz sank um 2,6 Prozent auf 5,5 Milliarden Franken.

Insgesamt spricht die Airline in der Medienmitteilung von einem «ambivalenten Jahr». CEO Jens Fehlinger will demnach künftig die Kosten senken und effizienter werden.

Insgesamt hat die Swiss im Geschäftsjahr 2025 rund 18,1 Millionen Passagiere transportiert. Das entspricht einem Plus von 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl der Flüge stieg ebenfalls um 0,6 Prozent auf über 143'000. (fem)

Wer zahlt den Lohn, wenn Rückreise nicht möglich ist?

In der Golfregion gestrandet Bei privaten Ferienreisen droht Betroffenen ein Gehaltsausfall.

Die Lage am Persischen Golf bleibt kritisch. Zwar hat die Airline Edelweiss laut Medienberichten für Sonntag einen Flug nach Muscat angekündigt, um blockierte Reisende zurückzuholen, doch viele stecken immer noch in der Golfregion fest. Die Fluggesellschaft Swiss plant derzeit keine weiteren Sonderflüge, was die Ungewissheit für jene vergrössert, die eigentlich längst wieder an ihrem Schreibtisch in der Schweiz sitzen sollten.

Aus arbeitsrechtlicher Sicht ist die Lage für die Betroffenen klar. Wer nicht zur Arbeit erscheint, weil der Luftraum gesperrt oder Flüge annulliert wurden, hat keinen Anspruch auf Lohn. Das mag für die Betroffenen ärgerlich sein, wenn sie aufgrund einer kriegs-

rischen Auseinandersetzung oder einer Naturkatastrophe an einer Feriendestination oder bei einem Zwischenhalt die Heimreise ohne eigenes Verschulden nicht antreten können.

Anders als im Krankheitsfall

«Solche Ereignisse liegen in der Risikosphäre der Angestellten», sagt Roger Rudolph, Professor für Arbeitsrecht an der Uni Zürich. Somit besteht vonseiten der Arbeitgeberin auch keine Lohnfortzahlungspflicht wie bei Krankheit.

Anders präsentiert sich die Situation bei einer Geschäftsreise. Wenn die Arbeitgeberin Mitarbeitende in eine Region schickt, die plötzlich zum Krisengebiet wird, fällt die Rückreise in die Risikosphäre des Unternehmens. In die-

sem Fall liegt laut Roger Rudolph ein sogenannter «Arbeitgeberverzug» vor. Selbst wenn Angestellte keine Arbeitsleistung erbringen, bleibt der Lohn geschuldet. Zudem müsste die Firma in diesem Fall für die zusätzlichen Hotel- und Lebenshaltungskosten vor Ort aufkommen.

Konstruktive Lösungen

In der Praxis finden jedoch privat Reisende in Absprache mit ihrer Arbeitgeberin konstruktive Lösungen. So ist je nach Beruf oft auch eine Arbeit aus der Ferne möglich – das Homeoffice befindet sich dann halt an der Feriendestination. Roger Rudolph erinnert sich an seine beratende Tätigkeit, als im Frühling 2010 nach dem Ausbruch des is-

ländischen Vulkans Eyjafjallajökull viele Flüge ausfielen: «Da gab es in der Regel konstruktive Lösungen, wobei manche Unternehmen etwas kulanter waren.»

Im Nachteil sind Angestellte mit beruflicher Tätigkeit, die sich vom Homeoffice aus nicht erledigen lässt. Also etwa Handwerker oder Pflegefachkräfte. Wenn die Arbeitgeberin keine Geschenke verteilt, müssen sie Lohn einbussen – allenfalls mit dem Bezug von Ferien oder Überstunden – in Kauf nehmen. Der Verband Angestellte Schweiz appelliert an Firmen, flexible Lösungen anzubieten: Etwa mit der Möglichkeit, die fehlenden Stunden nach der Rückkehr nachzuarbeiten.

Bernhard Kislig

Parolenspiegel für die Abstimmung vom 8. März

Urnengang Die Schweiz entscheidet morgen über vier nationale Vorlagen. Das sind die Abstimmungsempfehlungen:

– SRG-Initiative

Die Initiative will die obligatorische Rundfunkabgabe von 335 auf 200 Franken reduzieren. Firmen müssten nichts mehr bezahlen. Die Initiative enthält auch einen Passus, der die Onlineaktivitäten der SRG-Sender deutlich einschränken will. Gemäss Initianten erhebt die Schweiz europaweit die höchsten Rundfunkgebühren. Die SRG-Gebühr müsse auch dem Fakt Rechnung tragen, dass immer weniger SRG-Formate konsumierten – insbesondere Junge.

Ja: SVP, EDU, Gewerbeverband
Nein: Bundesrat und Parlament, FDP, Die Mitte, GLP, Grüne, SP, EVP, Verband Schweizer Medien (VSM), Schweizerischer Gemeindeverband (SGV), Schweizerischer Städteverband (SSV), Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete (SAB)

– Individualbesteuerung

Heute werden verheiratete Doppelverdienerpaare steuerlich diskriminiert. Sie müssen deutlich mehr direkte Bundessteuern zahlen als Konkubinatspaare mit demselben Einkommen. Denn in der gemeinsamen Steuererklärung werden ihre Saläre zusammengezählt. Mit der Steuerreform müssten beide Partner je eine eigene Steuererklärung ausfüllen – mit individuellem Einkommen und Vermögen. So wie dies heute bei Konkubinatspaaren der Fall ist.
Ja: Bundesrat und Parlament, FDP, Grüne, GLP, SP, Alliance F, Schweizerischer Städteverband
Nein: Die Mitte, SVP, EDU, EVP, Bauernverband, Schweizerischer Gewerbeverband

– Klimafonds

Die Initianten verlangen einen neuen Klimafonds, der in der Verfassung verankert ist. 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen in diesen neuen Topf fließen. Mit dieser Summe von vier bis acht Milliarden soll die Schweiz den Ausstoss von Treibhausgasen rasch senken – und das Land bis 2050 klimaneutral werden. Die Initianten wollen mit dem Geld Gebäude sanieren, fossile Heizungen ersetzen und den Verkehr dekarbonisieren.

Ja: Grüne, SP, EVP, Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Schweizerische Energie-Stiftung
Nein: Bundesrat und Parlament, SVP, FDP, Die Mitte, GLP, EDU, Gewerbeverband

– Bargeldinitiative

Die Initiative will zwei neue Passagen in der Verfassung verankern: «Der Bund stellt sicher, dass Münzen oder Banknoten immer in genügender Menge zur Verfügung stehen. Der Ersatz des Schweizer Frankens durch eine andere Währung muss Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden.»

Ja: SVP, EDU
Nein: Bundesrat und Parlament, FDP, Die Mitte, EVP, GLP, SP, Grüne

– Gegenentwurf zur Bargeldinitiative

Ja: Bundesrat und Parlament, SVP, FDP, Die Mitte, EDU, EVP, Grüne, SP
Nein: GLP (red)